Die Architektur der Ermöglichung: Wie deutsche Institutionen ein Verhalten stützen, das ihre eigenen Gerichte und der IStGH für rechtswidrig erklärt haben

Rang 1: Unverzichtbar (Essential)

Deutschlands Unterstützung des Staates Israels hat sich von einer Anerkennung historischer Schuld und moralischer Verantwortung zu einer inoffiziellen Regel entwickelt, die eine bedingungslose pro-israelische Haltung zum festen Bestandteil der deutschen Staatsidentität erklärt – zur sogenannten „Staatsräson". Diese Strategie schließt eine normale politische Debatte oder gar Kritik aus, wie sie im Fall jedes anderen Landes üblich wäre. Sie unterdrückt nicht nur abweichende öffentliche Meinungen, sondern begrenzt auch jede Aussicht darauf, Hebel des Wandels in Bewegung zu setzen, die fest in der Kontrolle der Regierung liegen.

Stattdessen werden Strategien benötigt, die diese Kontrolle umgehen und es der Öffentlichkeit ermöglichen, sich auf die nächste Ebene der Verantwortlichkeit zu konzentrieren: das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), die die Genehmigung erteilt; die Versicherung, die dem Deal zustimmt; die Bank, die das Geld bewegt. Es sind deren Vorstände und Ausschüsse, die Rechenschaft dafür ablegen müssen, was sie tun – nicht nur dafür, was sie sagen. Dies ist der erste Teil einer Reihe von Berichten, in der Länder danach eingestuft werden, wie tief ihre Institutionen in Israels Krieg im Gazastreifen verwickelt sind und warum die Unternehmen, die deutsche Politik ausführen, genauso wichtig sind wie die Politik selbst. Der Bericht schließt mit Strategien und Maßnahmen, die engagierte Bürgerinnen und Bürger Deutschlands ergreifen können, um diese Akteure zur Rechenschaft zu ziehen.

Deutschland ist in diesem Bewertungsmodell der höchsten Stufe, „Unverzichtbar" (Essential) zugeordnet, aus Gründen, die sowohl private als auch staatliche Ebenen umfassen. Hier sitzt die Allianz, der größte ausländische institutionelle Finanzierer der kriegsbedingten Schuldenaufnahme Israels. Das Land pflegt eine erhebliche und fortlaufende Rüstungskooperation mit Israel. Es hat eine entscheidende Rolle dabei gespielt, koordinierte EU-Maßnahmen gegen Israel zu blockieren. Und es ist der einzige westliche Staat, gegen den ein anderes Land vor dem Internationalen Gerichtshof formell Anklage wegen Beihilfe zum Völkermord erhoben hat.

Warum dieser Bericht sich auf Institutionen konzentriert und nicht nur auf Regierungen

Internationale Gerichte, einschließlich des Internationalen Gerichtshofs, haben festgestellt, dass Israels Verhalten im besetzten palästinensischen Gebiet völkerrechtswidrig ist. Dieses Verhalten wird nicht allein durch die Handlungen der israelischen Regierung aufrechterhalten, und es wird auch nicht durch öffentliche Äußerungen von Bedenken anderer Regierungen gestoppt. Es hängt von einem Netzwerk westlicher Staaten und der darin angesiedelten Institutionen ab – Rüstungskonzerne, Banken, Versicherer, Berufsverbände. Über die meisten dieser Akteure haben Bürgerinnen und Bürger kein direktes Stimmrecht, zu vielen unterhalten sie aber eine direkte Beziehung, sei es als Sparer, Aktienanleger, Versicherungsnehmer oder Berufstätige. Dieser Bericht identifiziert, wo diese Beziehung in Deutschland besteht und welche Fragen ein Leser in dieser Position tatsächlich stellen kann.

Materielle und finanzielle Komplizität

Deutschland ist der zweitgrößte Rüstungslieferant Israels. Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 13. Mai 2025 erteilte es Einzelgenehmigungen für den Export für Militärtechnik im Wert von rund 485 Millionen Euro, darunter Schusswaffen, Munition, Waffenteile und Komponenten für gepanzerte Fahrzeuge. Während einer jüngsten parlamentarischen Anfrage offenbarte das Ministerium für Wirtschaft und Energie, dass Deutschland allein in der ersten Hälfte des Jahres 2026 den Export von Militärtechnik im Wert von fast 800 Millionen Euro an Israel genehmigt hat (Der Spiegel, 2026). Diese Zahlen stehen in direktem Widerspruch zur Erklärung Deutschlands vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) vom April 2024, in der es behauptete, seine Exporte seien drastisch eingeschränkt worden und nur ein kleiner Teil der Waffen sei für den Einsatz im Gazastreifen verwendbar gewesen (Offenlegung im Bundestag; Just Security, 2025).

Zu beachten ist auch, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) jeden lizenzierten Export vor der Genehmigung als militärisch oder zivil-militärisch nutzbar (Dual-Use) klassifiziert. Da die Gesamtwerte im Bericht jedoch nicht nach dieser Aufteilung differenziert werden, lässt sich anhand der veröffentlichten Zahlen allein nicht bestimmen, welcher Anteil der Beträge von 485 bzw. 800 Millionen Euro reinen militärischen Endzwecken gegenüber Dual-Use-Gütern mit zivilen Anwendungen zugerechnet ist.

Diese Beziehung geht über eine reine Lieferanten-Käufer-Beziehung hinaus. Deutsche und israelische Rüstungsunternehmen kooperieren auch bei der Produktion. Rheinmetall, der größte deutsche Rüstungskonzern, fertigt das mittlere Rumpfsegment der F-35, wovon einige für Israel bestimmt sind, es entwickelt gemeinsam mit Elbit eine 155-mm-Haubitze; und erklärt auf seiner eigenen Website, dass es sich für das Existenzrecht Israels engagiere – eine unternehmenspolitische Aussage, die die von Axel Springer widerspiegelt. Rheinmetall, KNDS, Diehl und Airbus betreiben alle Joint Ventures mit israelischen Rüstungsfirmen, wie etwa EuroSpike mit Rafael. Außerdem ist Deutschland auch ein großer Käufer israelischer Systeme, von Heron-Drohnen bis hin zu einer Bestellung von Spike-Raketen im Wert von rund zwei Milliarden Euro im Jahr 2025.

Die älteste Kooperation zwischen diesen beiden Ländern betrifft militärische Marineangelegenheiten. . Seit zwei Jahrzehnten unterstützt Deutschland mit Subventionen den Bau jener U-Boote, die Israelsseegestützte nukleare Zweitschlagsfähigkeit ermöglicht – finanziert wurden etwa ein Drittel der 2005 bestellten Dolphin-Klasse sowie Teile des 2022 unterzeichneten Drei-Milliarden-Euro-Vertrags für die Dakar-Klasse. Das letzte U-Boot der Dolphin-II-Serie wurde im August 2026 ausgeliefert (NTI; Algemeiner, 2026).

Auf diplomatischer Ebene ist Deutschlands Gewicht nicht bloß beträchtlich, sondern entscheidend. Ein vollständiges Aussetzen des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel würde Einstimmigkeit erfordern, doch selbst ein zeitweises Aussetzen der Handelspräferenzen benötigt eine qualifizierte Mehrheit von mindestens 15 Staaten, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Diese Schwelle bedeutet, dass eine solche Maßnahme ohne Zustimmung Deutschlands und Italiens nicht beschlossen werden kann. Diese Ausrichtung hält das Abkommen de facto in Kraft.

Die bilaterale Haltung hat sich im Takt dieser Bilanz verhärtet. Als Kanzlerkandidat kündigte Friedrich Merz im Februar 2025 an, dass Benjamin Netanjahu – seit November 2024 Ziel eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen seines Verhaltens im Gazastreifen – Deutschland besuchen könne, ohne festgenommen zu werden. Rechtswissenschaftler merkten an, dass dieses Versprechen Berlins eigenen Verpflichtungen aus dem Römischen Statut widerspräche (GIGA, 2025). Im Dezember 2025, genau zwei Wochen nachdem seine Regierung die dreimonatige Aussetzung der Rüstungsexportgenehmigungen aufgehoben hatte, die sie im August verhängt hatte, unternahm Merz seinen ersten Besuch als amtierender Kanzler, um Netanjahu in Jerusalem zu treffen. Bei Yad Vashem bekräftigte er Deutschlands Engagement für die Sicherheit Israels als unveränderlichen Kern der Beziehungen und wiederholte, Berlin erkenne einen palästinensischen Staat erst am Ende eines verhandelten Prozesses an, nicht zu dessen Beginn.

Dieser Ansatz verursacht nun messbare Kosten. Am 3. Juni 2026 scheiterte Deutschland erstmals bei der Wahl eines nicht-ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat; mit 104 Stimmen gegenüber 134 für Portugal und 131 für Österreich verfehlte es die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit um 23 Stimmen. Außenminister Johann Wadephul räumte ein, dass Deutschlands Unterstützung für Israel, zusammen mit seiner Haltung zur Ukraine und seinem späten Einstieg ins Rennen, möglicherweise Stimmen gekostet habe (Al Jazeera; Japan Times, Juni 2026).

Dann gibt es noch die Finanzbeziehung zwischen den beiden Ländern, die vielleicht die folgenschwerste ist. Über PIMCO, die kalifornische Vermögensverwaltungs Sparte der Allianz, hält der deutsche Versicherungskonzern Allianz die größte bekannte nicht-israelische Beteiligung an der kriegsbedingten Staatsverschuldung Israels – Anleihen, die Israel in Rekordhöhe ausgegeben hat, um den Krieg teilweise zu finanzieren.

Recherchen des Amsterdamer Unternehmens Profundo dokumentierten, wie diese Bestände gewachsen sind: von etwa 32 Millionen US-Dollar im November 2024 auf rund 2,6 Milliarden US-Dollar bis September 2025 (Follow the Money; Middle East Eye, 2025). Das entspricht 51,8 Prozent aller getrackten nicht-israelischen Bestände – mehr als alle anderen Institutionen weltweit zusammen innerhalb der getrackten/offengelegten Bestände. Profundo stellt fest, dass ein so großer Anstieg, konzentriert auf eine einzige Gruppe, in ihren Daten beispiellos ist.

Millionen von Europäern vertrauen ihre Ersparnisse und Versicherungen der Allianz an, was die Größe dieser Investition noch bedeutsamer macht, insbesondere da sie nicht passiv ist. Hätte PIMCO einfach einen Marktindex nachgebildet, wären die größten Halter die größten Indexfonds der Welt: BlackRock und Vanguard. Das ist nicht der Fall. PIMCOs Position übertrifft beide deutlich. PIMCO kauft bewusst weiterhin israelische Anleihen, zu erhöhten Kriegs-Zinssätzen, während gegen Israel vor dem IGH ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention läuft und es trotz des Urteils des IGH weiterhin hält. Andere Anleger wie der britische Pensionsfonds Border to Coast haben sich entschieden, Bestände, die über PIMCO gekauft wurden, innerhalb weniger Monate nach dem Kauf zu veräußern. Obwohl die Entscheidung, PIMCOs Position in den Anleihen zu halten, in Kalifornien getroffen wurde, liegt die Rechenschaftspflicht in Deutschland beim Vorstand der Muttergesellschaft Allianz. Es ist unklar, ob dieser die Bestände überprüft hat.

Allianz ist nicht der einzige finanzielle Kanal Deutschlands zum Krieg im Gazastreifen. Auch die Deutsche Bank war eine der sieben Banken weltweit, die diese Kriegsanleihen garantierten und auf den Markt brachten. Beide werden im Juli 2025 veröffentlichten UN-Bericht der Sonderberichterstatterin Francesca Albanese mit dem Titel „Von der Ökonomie der Besatzung zur Ökonomie des Völkermords“ genannt, der ihre Rolle mit der Unternehmenskomplizität im Apartheid-Südafrika und im NS-Deutschland vergleicht und argumentiert, dass Wirtschafts- und Finanzunternehmen keine Zuschauer des Krieges im Gazastreifen sind, sondern Teil des Apparats, der diesen Krieg aufrechterhält und davon profitiert.

Zwei Einschränkungen sind hier wesentlich. Erstens sind Allianz und Deutsche Bank nur sichtbar, weil europäische Offenlegungsverpflichtungen dies verlangen. Ein Großteil der weltweiten Bestände an israelischer Verschuldung befindet sich in Strukturen, die für Geheimhaltung gebaut wurden – Trusts, Strohmann-Konstruktionen und Stiftungen im Vereinigten Königreich, in der Schweiz und auf den Kanalinseln, wo der wirtschaftlich Berechtigte nicht identifiziert werden kann. Daher mögen Allianz und Deutsche Bank zwar die größten identifizierbaren oder bekannten Halter sein, aber nicht unbedingt die größten insgesamt, während der getrackte Gesamtbetrag zudem nur einen kleinen Bruchteil der tatsächlich von Israel ausgegebenen Schulden darstellt. Diese Opazität ist Teil des Problems: Ohne Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten ist echte Rechenschaft schlicht unmöglich.

Die bewusste Ermöglichung des Krieges Israels im Gazastreifen – sowohl materiell als auch finanziell – hat dazu geführt, dass Deutschland selbst vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) der Beihilfe zum Völkermord beschuldigt wird. Im März 2024 brachte Nicaragua das erste zwischenstaatliche Verfahren ein, in dem ein westlicher Staat der Komplizität bei Völkermord beschuldigt wird; Nicaragua beantragte beim IGH, Deutschland anzuweisen, seine Rüstungsexporte an Israel einzustellen und die Finanzierung von UNRWA, der palästinensischen Hilfsagentur der Vereinten Nationen, wiederherzustellen. Dabei wurde argumentiert, dass sowohl der Waffenexport als auch die ausbleibende Finanzierung den Völkermord ermöglichten. Der IGH lehnte im April 2024 den Antrag auf einstweilige Maßnahmen ab, das Verfahren ist jedoch weiterhin hängig. Deutschland erhob erst im Oktober 2025 Einwendungen gegen die Zulässigkeit und hat dabei nie vorgetragen, Israel habe das Völkerrecht eingehalten (IGH, Nicaragua gegen Deutschland). Deutschlands Interesse am Ausgang ist, wie bereits dargestellt, nicht nur rechtlicher Natur. Der Völkermord-Experte Omer Bartov argumentiert, Deutschland habe starke politische und ökonomische Gründe, die Frage vollständig von der Agenda zu nehmen. Dies, so Bartov, sei lediglich ein Beispiel für ein breiteres Muster, in dem Staaten, die davon profitieren, wegzuschauen, einen materiellen Grund haben, nicht hinzusehen (New York Times, Juli 2026).

Auch deutsche Gerichte haben sich bisher geweigert, einzugreifen. Klagen, die ab 2024 von Palästinenserinnen und Palästinensern aus dem Gazastreifen eingereicht und vom Europäischen Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) sowie von palästinensischen Gruppen einschließlich Al-Haq unterstützt wurden, wurden auf jeder Stufe abgewiesen. Einige wurden mit der Begründung zurückgewiesen, die Genehmigungen seien vor der Verhandlung des Falls erteilt worden, andere mit Verweis auf Vertraulichkeit. Im November 2025 wies das Berliner Verwaltungsgericht die zentrale Klage ab, mit der geklärt werden sollte, ob frühere Lieferungen rechtmäßig gewesen waren; das Gericht sah kein Wiederholungsrisiko. Tage später kündigte die Regierung die Wiederaufnahme der Exporte an (ECCHR, 2025). Auch die Regierung hat ihr eigene Risikoposition direkt gesteuert: Nach dem starken Rückgang der Genehmigungen im Laufe des Jahres 2024 ließ sie sich von Israel schriftlich zusichern, dass deutsche Waffen nicht eingesetzt würden, um Völkermord zu begehen – ein Schritt, der, wie ECCHR und Middle East Eye anmerkten, darauf hindeutet, dass die Regierung sich des Risikos bewusst war, gegen das sie sich absicherte, während sie gleichzeitig weiterhin Exporte genehmigte und ihre Unterstützung für Israel bekräftigte (Middle East Eye, 2025).

Deutschlands pro-israelische Lobby

In Deutschland ist die Unterstützung Israels ebenso ausgefeilt wie institutionell verankert. Zu den Lobbys gehören ein Vertretungsgremium der jüdischen Gemeinden, das zugleich eine aktive politische Stimme darstellt, eine Reihe spezialisierter Interessenvertretungen, die israelfreundliche Argumente in Politik übersetzen, sowie ein Medienarm, der sie verstärkt.

- **Zentralrat der Juden in Deutschland (ZdJ).** Der gewählte Dachverband , dem die große Mehrheit der angeschlossenen jüdischen Gemeinden angehört und der wichtigste Ansprechpartner der Regierung für die jüdischen Gemeinden ist. Es handelt sich um ein aktives Repräsentationsorgan, dessen Führung klare öffentliche Positionen bezieht. Nach der Annahme einer alternativen Antisemitismusdefinition durch Die Linke im Jahr 2025 beschuldigte es die Partei eines radikalen, israelhassenden Kerns; zudem setzte es sich aktiv für die Übernahme der IHRA-Definition ein. Der ZdJ kann als dominierende, wenngleich nicht einzige Stimme der jüdischen Gemeinden betrachtet werden; eine explizit linke und jüngere Strömung innerhalb der deutsch-jüdischen öffentlichen Meinung existiert weitgehend außerhalb seiner Strukturen und wird im folgenden Abschnitt zur Solidaritätslandschaft erörtert.

- **Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG).** Eine große Freundschaftsorganisation mit Vizepräsidenten aus allen großen Parteien, die gemeinsam mit NGO Monitor und IMPACT-SE politikrelevante Materialien erstellt hat, die einen Umbau der deutschen humanitären Politik gegenüber Palästinensern fordern.
- **ELNET (European Leadership Network).** Eine gut finanzierte Gruppe, die europäische Abgeordnete über finanzierte Delegationsreisen nach Israel beeinflusst; ein ehemaliger parlamentarischer Berater erklärte Haaretz, keine andere Gruppe fliege Entscheidungsträger so intensiv aus wie ELNET, und teilnehmende Abgeordnete hätten keinen Einfluss auf das Programm.
- **NAFFO (Nahost Friedensforum).** Eine Berliner Interessenvertretungsorganisation, die sich auf Parlament und Ministerien konzentriert und nach Oktober 2023 den Finanzierungsstopp der UNRWA zu ihrer zentralen Kampagne machte.
- **NGO Monitor und MFFB / MENA Watch.** Eine in Israel ansässige Forschungsorganisation sowie ihre Partnerorganisationen in Berlin und Wien, die diese Linie verstärken, die UN-Organisationen angreifen und die Überprüfung des israelischen Handelns als Propaganda darstellen. Die widerlegte Behauptung von NGO Monitor aus dem Jahr 2023, UNRWA-Schulen indoktrinierten Kinder, wurde von MFFB übernommen und in einem Antrag der CDU oder CSU zum Streichen der finanziellen Mittel der Organisation genutzt.
- **Axel Springer Medien (BILD, WELT).** Deutschlands größtes Medienunternehmen, dessen Unternehmensgrundsätze („The Essentials“) die Redaktionen vertraglich an die Unterstützung des Existenzrechts Israels binden; Journalisten, die diese Linie in Frage gestellt haben, wurden entlassen.

Liberaler Zionismus: Spur und Schutzschild in Deutschland

Die deutsche Variante des liberalen Zionismus unterscheidet sich grundlegend von den britischen oder kanadischen Gegenstücken: Es gibt keine eingebettete liberale zionistische jüdische Establishment-Gruppe der Art, wie sie J Street, Yachad oder JSpace Canada darstellen. Diese Abwesenheit ist eine Folge der deutschen Demografie, nicht der Politik: Da der Holocaust das deutsche Judentum zerstört hat, ist die heutige Gemeinschaft kleiner und setzt sich anders zusammen..

Wie bereits erwähnt, ist es in Deutschland pro-israelisch zu sein mehr als nur eine politische Position; Staatsräson ist Teil der Verpflichtung Deutschlands nach dem Holocaust. Dieses Glaubenssystem vollbringt zwei Dinge zugleich. Erstens hält es die Unterstützung Israels aktiv und sichtbar. Institutionen wie politische Parteien, Universitäten und Medien werden dazu gedrängt, ihre Loyalität immer wieder unter Beweis zu stellen – beispielsweise verabschiedete das deutsche Parlament 2019 eine Resolution, die die Boykott-, Divestment- und Sanktionsbewegung (BDS) als antisemitisch bezeichnet. Weil diese Unterstützung als moralische Pflicht statt als reine Macht- oder Interessenpolitik gerahmt wird, zieht sie Menschen mit liberalen Ansichten an, die sonst Bedenken davor hätten, eine fremde Regierung so stark zu unterstützen.

Zweitens schützt dieses gleiche Glaubenssystem Israel vor ernsthafter Kritik. Statt sich härteren Fragen zur Besatzung oder zu palästinensischen Rechten zu stellen, wird die öffentliche Debatte auf weichere Sorgen gelenkt, wie etwa Bedenken bezüglich des Zustands der israelischen Demokratie oder die Unterstützung einer zukünftigen Zweistaatenlösung. Das bewahrt den Anschein von Seriosität, ohne je die Dinge zu gefährden, die materiell wirklich zählen, wie Rüstungsgeschäfte oder Finanzierung. Und weil diese Position von selbsternannten Progressiven und nicht von der extremen Rechten stammt, wirkt sie im Vergleich moderat und vernünftig. Das macht es einfacher, jeden weiter links verorteten Akteur – seien es Akademiker, Künstler oder Kritiker – als extremistisch darzustellen, statt einfach als jemanden, der anderer Meinung ist. Kurz gesagt: Dieser Ansatz hält die Unterstützung für Israel laut und konstant, während er sicherstellt, dass Kritik nie allzu ernst genommen werden muss.

Dieses gleiche Muster zeigt sich auch innerhalb des eigenen Establishments der deutschen Regierung, nimmt hier aber drei verschiedene Formen an, die nicht gleichgesetzt werden sollten.

Die nächste Herausforderung ist eine,der sich beide gemeinsam stellen müssen. Vier ehemalige deutsche Botschafter schrieben einen Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Deutschlands führender konservativer Tageszeitung des Establishments, mit dem Titel „Deutschland darf nicht länger schweigen“. Darin rufen sie die Regierung auf, ihre „bedingungslose Unterstützung“ für Israel aufgrund der Kriegsführung ganz zurückzuziehen, anstatt diese lediglich an den Rändern anzupassen. Sie verweisen auf die Staatsräson und argumentieren, dass dieselbe moralische Verantwortung nun Distanz fordere, nicht bedingungslosen Rückhalt. Die jüdische Gemeindezeitung Jüdische Allgemeine veröffentlichte eine scharfe Replik und nannte das Argument der Botschafter „seltsam einseitig“. Diese Reaktion zeigt, dass es sich um eine noch schwelende Kontroverse innerhalb des deutschen Establishments handelt, nicht um eine abgeschlossene Frage. Ebenso ist zu beachten, dass seit Veröffentlichung des Essays keine weiteren Unterzeichner hinzugekommen sind; bislang bleibt dies die Ansicht von vier Einzelpersonen, keine wachsende Bewegung.

Ein zweiter, viel enger gefasster Fall kommt von Steffen Seibert und sollte nicht mit dem Brief der Botschafter zusammengeworfen werden. Seibert war zehn Jahre lang Regierungssprecher von Angela Merkel und diente von 2022 bis 2026 als deutscher Botschafter in Israel. Er war ein ungewöhnlich sichtbarer Botschafter: Er sprach Hebräisch, nahm an Kundgebungen für die Geiseln teil und beschrieb sich selbst als jemanden, der das Land liebt. Kurze Zeit nach seinem Amtsende erklärte er im August 2026 der Zeitung Die Zeit, dass Israels Siedlungspolitik im Westjordanland einer Vertreibung durch psychologische und physische Gewalt gleichkommt. Er zog auch eine spezifische Linie: Merkels berühmte Formel, dass Israels Sicherheit Teil der deutschen ‚Staatsräson‘ sei, solle nur auf Israel innerhalb seiner international anerkannten Grenzen gelten, nicht auf die Siedlungen. Er rief Berlin auf, gezielte Maßnahmen hinsichtlich der Siedlungen zu erwägen, sagte jedoch nicht, wie diese aussehen sollten. Im Gegensatz zu den Botschaftern fordert er nicht, dass Deutschland seine grundlegende Verpflichtung gegenüber Israel zurückzieht, sondern nur, die Siedlungen daraus herauszuschneiden. Schon während seiner Amtszeit als Botschafter äußerte er sich offen über Siedlergewalt, was dazu führte, dass Israels Außenminister ihn öffentlich beschuldigte, eine „Besessenheit“ mit Siedlern zu haben.

Der dritte Strang ist wiederum anders: Es handelt sich um einen analytischen Beitrag, nicht um eine politische Intervention. Ein Papier mit dem Titel „Beyond Staatsräson“ („Jenseits der Staatsräson“) plädiert dafür, dass Deutschlands historische Verantwortung gegenüber Israel und seine Verpflichtungen aus dem Völkerrecht eigentlich nicht im Widerspruch stehen, dass die beiden vielmehr versöhnt werden können, anstatt eine Wahl zwischen ihnen erzwingen zu müssen. Bemerkenswert ist daran nicht nur das Argument selbst, sondern wer es vorbringt: Keine Aktivistengruppe oder Advocacy-Koalition, sondern Außenpolitik-Analysten aus verschiedenen politischen Lagern. Das ist wichtig, denn es deutet darauf hin, dass die Argumentation für eine andere deutsche Politik, begründet in Recht und Strategie statt Protest, sich von den Rändern des außenpolitischen Feldes in dessen Zentrum bewegt.

Bisher ist es keinem dieser drei Kritiker gelungen, die Regierungspolitik zu ändern. Dies ist höchstwahrscheinlich nicht eine Frage der Aufrichtigkeit, sondern des Zeitpunkts und insbesondere der Macht. Die direkte Kritik koomt von außerhalb der Regierung oder von Analysten, nicht von denen, die tatsächlich Entscheidungen treffen. Um es deutlich zu sagen: Nicht von Menschen an der Macht.

Dies spiegelt ein breites Muster wider: Kritik, die scharf genug ist, um den etablierten Konsens zu erschüttern, wird stattdessen absorbiert und neu verwendet als Beweis dafür, dass das System sich selbst korrigieren kann. Echte Kritik übt echten Druck aus – sie kann Debatten verschieben, Amtsträger bloßstellen, kleine Zugeständnisse erzwingen. Die Regierung lässt sie zirkulieren, ohne dem Druck nachzugeben, und gewinnt dabei einen größeren Preis: den Schein der Offenheit. Es ist ein kalkulierter Tauschhandel, und einer, den die Regierung für lohnend hält.

Mechanismen

Diese Gruppen arbeiten in der Regel nicht über offenes Lobbying. Stattdessen setzen sie auf das, was man als narrative Kaskade bezeichnen könnte. Standardisierte Behauptungen, insbesondere solche gegen die UNRWA, werden so verpackt, dass sie wie Forschungsergebnisse wirken. Diesewerden übersetzt und an Abgeordnete weitergegeben, die sie dann durch parlamentarische Anfragen und Anträge einbringen. Die Wirkung besteht darin, den Anschein eines breiten Konsenses zu erzeugen (Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Stiftung der Partei Die Linke, 2026).

Die Medien, sowohl öffentlich-rechtliche als auch private, tragen diese Erzählung weiter. Deutsche Welle, der staatlich finanzierte internationale Sender Deutschlands, verbot seinen Mitarbeitenden die Verwendung des Wortes „Palästina“ (Al Jazeera, 2024). Berichten zufolge zirkulierte außerdem ein internes Dokument mit vorgegebenen Erwiderungen für Gäste, die das israelische Handeln ansprachen. Diese Darstellung stammt von dreizehn aktuellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie einer ehemaligen Korrespondentin. Deutsche Welle stritt einige Details ab, bestätigte jedoch den Kern ihrer redaktionellen Leitlinien.

Ein zweiter Mechanismus ist die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die von der deutschen Regierung übernommen wurde und genutzt wird, um Akademiker, Journalisten und Kulturinstitutionen zu disziplinieren, die israelische Politik kritisieren. Dies wird durch Monitoring-Organisationen wie RIAS, das bundesweite Netzwerk der Zentren zur Erfassung antisemitischer Vorfälle, verstärkt, obwohl dessen Methodik von der Diaspora Alliance, einer in Deutschland ansässigen Watchdog-Organisation, direkt infrage gestellt wurde. Eine eigene Analyse der Diaspora Alliance ergab, dass Jüdinnen und Juden an etwa einem Viertel der im Jahr 2023 in Deutschland antisemitisch motivierten Absagen von Künstlerinnen, Aufführungen und Ausstellungen beteiligt waren, obwohl sie weniger als ein Prozent der Bevölkerung ausmachen. Aus Sicht der Organisation deutet dies darauf hin, dass Kritik an der israelischen Politik selbst als Verstoß behandelt wird.

Die Philosophin Susan Neiman, eine amerikanisch-jüdische Wissenschaftlerin und scheidende Direktorin des Einstein Forums, bezeichnet dies als philosemitischen McCarthyismus. Damit beschreibt sie, wie nichtjüdische Deutsche jüdische Schriftsteller und Künstler öffentlich des Antisemitismus bezichtigen. In Interviews hat Neiman ausgesagt, dass sie aufgrund ihrer eigenen Kritik an der Besatzung und dem Krieg zunehmend als „die falsche Art von Jüdin“ behandelt werde.

Der Gelehrte Michael Rothberg verweist auf einen verwandten Mechanismus: Wie der Vorwurf des Antisemitismus selbst verteilt wird. Er stützt sich auf die Schilderung der Historikerin Esra Özyürek, wonach die Sorge vor Antisemitismus faktisch ausgelagert wird. Statt sich auf das Zentrum und die extreme Rechte der deutschen Gesellschaft zu konzentrieren, wird diese Sorge auf Muslime und Migranten umgelenkt. Rothberg argumentiert, dass die Bezeichnung Neuköllns als Zentrum des „muslimischen Antisemitismus“ die Prüfung verdrängt, die andernfalls im eigenen Umfeld ansetzen könnte.

Dieser Konsens hat auch eine institutionelle und religiöse Dimension. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), der größte protestantische Kirchenbund des Landes, bekräftigt seit der Synode von Berlin-Weißensee 1950 die ewige Erwählung Israels und Gottes Bund mit dem jüdischen Volk. Diese Theologie der Versöhnung nach dem Holocaust erzeugt eine starke institutionelle Solidarität mit Israel sowie eine ausgeprägte Zurückhaltung, Israel zu kritisieren – einschließlich eines grundsätzlichen Einspruchs gegen Boykotte, der mit dem nationalsozialistischen Völkermord begründet wird.

Zwei Episoden aus dem Jahr 2025 zeigen, wo die Kirche ihre Grenze zieht. Erstens lehnte die EKD die Verwendung des Wortes „Apartheid“ durch den Weltkirchenrat zur Beschreibung der Situation ab. Selbst der Moderator des Weltkirchenrats, der zuvor die EKD geleitet hatte, räumte ein, dass die Gemeinschaft in Bezug auf diesen Begriff gespalten sei. Zweitens distanzierte sich die Kirche nach einer Predigt zum Reformationstag in Jerusalem, in der der palästinensische lutherische Bischof Sani Ibrahim Azar von „zwei Jahren Völkermord“ in Gaza sprach, indem sie das Wort als Hindernis für die Versöhnung bezeichnete. Ein Vizepräsident des Zentralrats der Juden verließ daraufhin den Raum.

Zwei Punkte verhindern eine Vereinfachung dieses Bildes. Erstens lehnt die EKD explizit den Hagee-artigen christlichen Zionismus der amerikanischen religiösen Rechten ab, sodass jeder Vergleich mit dieser Bewegung falsch wäre. Zweitens ist die Kirche intern gespalten: Geistliche und das Friedensethik-Netzwerk Forum Friedensethik haben Bischof Azar öffentlich verteidigt und die Kirchenleitung kritisiert. Der Punkt hier ist eine dokumentierte institutionelle Haltung, nicht ein verstecktes Motiv: Deutschlands größte protestantische Kirche wahrt dieselben roten Linien, die dieser Abschnitt beschreibt – „Apartheid“ und „Völkermord“ (Erklärungen der EKD-Synode; epd, 2025).

Die rechtliche Architektur verhärtet sich um diesen Konsens herum, statt ihn zu lockern. Seit Juni 2025 müssen Bewerber um die deutsche Staatsbürgerschaft im Bundesland Brandenburg im Rahmen des Einbürgerungstests das Existenzrecht Israels anerkennen, zusätzlich zu neuen Fragen zum Thema Antisemitismus und jüdisches Leben in Deutschland. Auf Bundesebene würde ein Gesetzentwurf, der aus Hessen stammt und im Juli 2026 vom Bundesrat unterstützt wurde, die öffentliche Bestreitung des Existenzrechts Israels strafbar machen, mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe. Dies würde denselben Paragraphen erweitern, der bereits die Leugnung des Holocaust umfasst. Das Gesetz befindet sich noch im Bundestag. In seiner jetzigen Fassung würde es nur greifen, wo eine Äußerung geeignet wäre, antisemitische Gewalt zu fördern; Kunst, akademische Arbeit und die Kritik an der israelischen Regierungspolitik selbst wären ausgenommen. Selbst mit dieser Einschränkung warnen Menschenrechtsorganisationen davor, dass die praktische Wirkung genau auf jene Art der Rede fallen wird, die dieser Abschnitt dokumentiert.

Öffentliche Meinung

Die Doktrin der Eliten ist mittlerweile deutlich von der deutschen Öffentlichkeit entkoppelt. Eine YouGov-Umfrage aus dem September 2025 ergab, dass 62 Prozent der deutschen Wähler glauben, dass Israels Handlungen in Gaza einem Völkermord gleichenn – eine Auffassung, die parteipolitische Grenzen überschritt und von 60 Prozent der eigenen CDU/CSU-Wähler von Kanzler Merz sowie von 71 Prozent der Wähler des Koalitionspartners SPD geteilt wurde. Eine parallele ZDF-Umfrage fand zudem heraus, dass 76 Prozent die Militäroperation für nicht gerechtfertigt hielten.

Akademische Umfragen des GIGA-Instituts belegen dies unabhängig: 65 Prozent glauben, die israelische Armee begehe Kriegsverbrechen, 59 Prozent bezeichnen sie als Völkermord, und nur 10 Prozent befürworten die Doktrin der Staatsräson vollumfänglich. Allerdings sieht die größte Einzelgruppe, nämlich 47 Prozent, nach wie vor einen Wert darin, dass die Regierung engen Kontakt zu Israel pflegt – ein Zeichen dafür, dass die Kritik der Öffentlichkeit sich gegen die Politik richtet und nicht gegen die Beziehung an sich.

Die positiven Einstellungen gegenüber Israel sind auf gerade einmal 19 Prozent gefallen, während die Unterstützung für die Anerkennung eines palästinensischen Staates trotz des fortgesetzten Widerstands der Regierung auf 44 Prozent gestiegen ist.

Die Zustimmungslücke

Die Zustimmungslücke: Was die Deutschen unterstützen und was die Regierung getan hat	
Was die Deutschen unterstützen 73 % fordern strengere Rüstungsexportkontrollen, einschließlich 30 %, die ein totales Verbot befürworten 74 % lehnen es ab, bedingungslos hinter Israel zu stehen 55 % sagen, Rüstungsexporte hätten eingestellt werden sollen *ARD Deutschlandtrend; GIGA, 2025*	**Was die Regierung tat** Aussetzung von Exporten, die im Gazastreifen verwendbar sind (August 2025) Aufhebung der Aussetzung (November 2025) Beibehaltung der Genehmigungspflicht im Einzelfall *Der Hebel, der es steuert, blieb ungenutzt*

Die öffentliche Meinung hat deutsche Politiker dazu gebracht, ehrlicher über das Verhalten Israels zu sprechen. Das ist ein wichtiger erster Schritt. Aber das Schwierige auszusprechen ist noch nicht dasselbe wie das Schwierige auch zu tun – und doch scheint genau dort, wo Worte in Taten münden sollten, die Entschlossenheit der Regierung zu versagen.

Die Umfragen bestätigen dies. Neben den oben genannten Zahlen zu Völkermord und Kriegsverbrechen zeigte eine ARD-Deutschlandtrend-Umfrage aus Juni 2025, dass 73 Prozent der Deutschen strengere Kontrollen bei Rüstungsexporten an Israel wollten, darunter 30 Prozent, die ein absolutes Verbot befürworteten, und dass 74 Prozent die Vorstellung ablehnten, Deutschland schulde Israel bedingungslose Unterstützung. Eine GIGA-Befragung ergab, dass 55 Prozent glaubten, die Regierung hätte die Rüstungsexporte vollständig einstellen sollen. Die Öffentlichkeit hat sich klar positioniert.

Die Regierung ist dieser Entwicklung bisher in keiner wesentlichen Weise gefolgt. Unter anhaltendem Druck setzte sie im August 2025 Exporte aus, die in Gaza eingesetzt werden könnten – ein echter und bedeutender, wenn auch längst fälliger Schritt. Dann hob sie diese Aussetzung im November 2025 stillschweigend unter Berufung auf die Waffenruhe wieder auf und kehrte zur selben fallweisen Lizenzierung zurück, die bereits Transfers im Wert von 485 Millionen Euro ermöglicht hatte. Die scheinbar entschlossene Handlung der Regierung stellte sich als nichts weiter als eine Illusion heraus.

Deutsche Solidaritätsinitiativen

Die Palästina-Solidarität in Deutschland ist eine große, dezentrale Graswurzelbewegung, und die Repression, der sie ausgesetzt ist, ist dokumentiert und systematisch - nicht zufällig.

Das European Legal Support Center (ELSC) und Forensic Architecture haben in einem gemeinsamen Projekt namens „Index of Repression“ zwischen 2019 und April 2025 insgesamt 766 separate Vorfälle erfasst. Dazu gehörten Festnahmen, Verbote von Veranstaltungen und Veranstaltungsorten, Überwachung sowie berufliche oder finanzielle Sanktionen. Polizei, staatliche Institutionen und Arbeitgeber führten diese Maßnahmen gegen Aktivisten, Journalisten, Akademiker, Künstler und NGOs durch. In den zwei Jahren nach Oktober 2023 wurde geschätzt, dass die Polizei rund 10.000 Strafermittlungen im Zusammenhang mit der Palästina-Solidarität eingeleitet hat.

Der Staat ist über die Verfolgung von Einzelpersonen hinausgegangen. Er hat Organisationen gänzlich verboten. Die Gruppe Samidoun wurde Ende 2023 neben Hamas verboten. Palästina-Solidarität Duisburg folgte etwa zwei Jahre später. Weitere Verbote sollen derzeit vorbereitet werden, einschließlich eines gegen die BDS-Bewegung selbst.

Universitäten waren ein besonderer Brennpunkt. In den Jahren 2023 und 2024 räumte die Polizei innerhalb weniger Stunden Protestcamps an der Freien Universität und der Humboldt-Universität in Berlin auf, setzte dabei Hunderte Beamte und Polizeihunde gegen eine Besetzung im Rahmen der Palästina-Solidarität ein, während eine vergleichbare klimabezogene Besetzung im Vorjahr toleriert worden war. Vier Demonstranten der Freien Universität wurden aus dem Land ausgewiesen. Eine deutsche Rechtshilfeorganisation schätzt, dass derzeit bundesweit, mehrere tausend Menschen aufgrund von palästinabezogener Aktivitäten von Abschiebung bedroht sind. Selbst Francesca Albanese, die UN-Sonderberichterstatterin für die palästinensischen Gebiete, sah sich im Februar 2025 unter politischem Druck konfrontiert, als ihr Vortrag an einer Berliner Universität abgesagt wurde, obwohl dieselbe Universität sie später im selben Jahr erneut einlud.

Das Vorgehen beschränkt sich nicht auf Aktivisten. Im Oktober 2024 teilte Aydan Özoğuz, damals Vizepräsidentin des Bundestages, einen Post der Gruppe Jewish Voice for Peace in ihrer Instagram-Story. Der Post zeigte brennende Zelte unter der Überschrift „This is Zionism.“ („Das ist Zionismus.“). Sie löschte ihn innerhalb weniger Stunden und entschuldigte sich wiederholt, aber die Reaktion war heftig: CDU/CSU und FDP forderten ihren Rücktritt, der Zentralrat der Juden nannte es eine „Entgleisung“, Israels Botschafter sagte, sie „gieße Öl ins Feuer“, und der Bundestagspräsident, ihr eigener Parteikollege, tadelte sie öffentlich. Der Ältestenrat des Parlaments tagte sogar, um Konsequenzen zu prüfen. Es folgten keine formellen Sanktionen – und genau das ist der Punkt: Der Preis fiel auf eine der ranghöchsten Persönlichkeiten der deutschen Politik, die lediglich einen einzelnen Post geteilt, nicht geschrieben hatte. Dieser Preis war sozialer Art und betraf ihren Ruf, nicht rechtlicher Natur (ZDF; taz, Oktober 2024).

Die deutsch-jüdische Meinung ist nicht die einzige Stimme, die ihre innergemeinschaftliche Führung gerne als alleinige Vertretung darstellt. Eine explizit linksgerichtete und jüngere jüdische Strömung existiert weitgehend außerhalb der Strukturen des Zentralrats (des Zentralrats der Juden in Deutschland). Am sichtbarsten ist sie in der “Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost”, die palästinensische Rechte unterstützt und bundesweit in Solidaritätsarbeit aktiv ist. Diese Gruppe steht selbst unter derselben Art finanzieller und räumlicher Repression, wie oben beschrieben. Im Jahr 2025 beschuldigte die Zentralrats-Führung Die Linke, einen „Israelhassenden“ Kern zu beherbergen, nachdem die Partei eine alternative Antisemitismusdefinition angenommen hatte. Die Philosophin Susan Neiman, eine der Autorinnen dieser Definition, verteidigte die Wahl öffentlich als vernünftig und nicht antisemitisch. Was die Durchsetzung oft verschleiert, ist, dass einige der schärfsten deutschen Kritiken am israelischen Verhalten von deutschen Juden selbst kommen.

Dieses Muster hat formelle Kritik von internationalen Menschenrechtsorganisationen hervorgerufen, nicht nur von Aktivistengruppen, und die Kritik hat zu- statt abgenommen. Im Juni 2025 schrieb der Kommissar für Menschenrechte des Europarats an den deutschen Innenminister. Im Oktober 2025 erklärte eine Gruppe von UN-Sonderberichterstattern, darunter diejenigen für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sie seien alarmiert von einem anhaltenden Muster polizeilicher Gewalt und der Unterdrückung von Aktivitäten im Rahmen der Palästina-Solidarität und bestätigten, diesbezüglich direkten Kontakt mit der deutschen Regierung aufgenommen zu haben.

Im Februar 2026 schloss Irene Khan, die Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit, die erste offizielle Reise nach Deutschland unter diesem Mandat ab. Sie stellte fest, dass deutsche Behörden auf lokaler und Länderebene tendenziell Kritik an der israelischen Regierungspolitik, eine legitime Ausübung der freien Meinungsäußerung, mit Antisemitismus gleichsetzten. Keine dieser Interventionen änderte die deutsche Praxis. Der eigene Bericht des ELSC zur Reaktion, mit dem Titel „The Limits of Human Rights Credibility“ („Die Grenzen der Glaubwürdigkeit der Menschenrechte“), stellte fest, dass Deutschland die Empfehlungen nach beiden Interventionen im Juni und Oktober ignorierte. Laut den eigenen Angaben der UN-Experten stellten die von ihnen im Oktober katalogisierten Einschränkungen eine Eskalation gegenüber der Lage dar, als der Europarat im Juni erstmals intervenierte (ELSC und Forensic Architecture; OHCHR; Middle East Monitor; Al Jazeera, 2025 bis 2026).

Die angemessene Reaktion der deutschen Zivilgesellschaft war schwach. Allein aufgrund von Umfragen könnte man annehmen, dass die Meinung der deutschen Zivilgesellschaft dem Ausmaß der Geschehnisse entspricht.
Das tut sie nicht. Betrachten wir die Europäische Bürgerinitiative, die das Aussetzen des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel fordert. Die Kampagne schloss im Juli 2026 mit mehr als einer Million Unterschriften ab, und zehn Mitgliedstaaten erreichten ihre nationalen Schwellenwerte. Deutschland, der bevölkerungsreichste Staat der EU und Gastgeber einiger der größten Demonstrationen des Kontinents, belegte gemessen am Bevölkerungsanteil nur Platz 17 von 27 Ländern, weit hinter Irland, Finnland und Dänemark und trotz einer ähnlich israel-freundlichen Regierung deutlich hinter Italien. Eine frühere Analyse von Al Jazeera verortete Deutschland bereits einen Monat nach Start der Kampagne bei nur 17 Prozent seines nationalen Schwellenwerts. Die in Umfragen geäußerte Sympathie hat sich noch nicht in vergleichbare kollektive Aktionen übersetzt – genau deshalb sind die institutionellen Hebel, die andernorts in dieser Notiz beschrieben werden, wichtiger als die öffentliche Meinung allein.

Das Ausmaß der Solidaritätsbewegung ist leicht zu übersehen, vor allem, weil sie nicht finanziert wird. Keine dieser Gruppen verfügt über die Budgets von Gruppierungen wie DIG, ELNET oder NAFFO. Ihre Stärke liegt in ihrer Größe, nicht im Geld.

In den meisten deutschen Städten gibt es mehrere Palästina-Solidaritätsgruppen, und Massendemonstrationen finden seit zwei Jahren kontinuierlich statt. KoPI, ein nationales Netzwerk deutscher Organisationen für Palästina, verbindet viele dieser Gruppen miteinander, zusammen mit palästinensisch geführten Organisationen wie Palästina Spricht und verschiedenen palästinensischen Vereinsgemeinschaften.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) gegründet 1986, ist ein gemeinnütziger Verein mit ca. 400 Mitgliedern, darunter Bundestagsabgeordnete und Akademiker, organisiert über 16 regionale Gruppen. Sie führt eine jährliche Palästina-Konferenz mit der Evangelischen Akademie in Hofgeismar durch, veröffentlicht das Palästina-Journal und informiert Abgeordnete direkt. Ihre Arbeit konzentriert sich auf kirchlich verbundene Zusammenkünfte und langjährige bilaterale Verbindungen zwischen deutschen und palästinensischen Institutionen.

Eine weitere Ebene internationaler NGOs setzt sich ebenfalls direkt mit der deutschen Regierung auseinander. Dazu gehört das in Berlin ansässige ECCHR, das im Namen von Kläger*innen aus Gaza Klagen einreicht, um deutsche Rüstungsexporte zu stoppen, sowie Amnesty International, das die Wiederaufnahme dieser Transfers im November 2025 als „verrückt und unrechtmäßig“ bezeichnete. Auch Human Rights Watch, Oxfam, medico international und Avaaz beteiligen sich und arbeiten über juristische Schritte, Berichte und Massenpetitionen.

Schließlich gibt es Diaspora Alliance, eine internationale Watchdog-Organisation, die sich auf Antisemitismus und seinen Missbrauch konzentriert und ein auf Deutschland fokussiertes Programm von Berlin aus betreibt. Sie dokumentiert die oben beschriebene Repression und hat geholfen, kleinere jüdische Initiativen aufzubauen, einschließlich eines Projekts namens Israelis for Peace, wobei unabhängige Informationen zu den eigenen Aktivitäten dieses Projekts jedoch weiterhin spärlich sind.

Handeln ermöglichen

Die Staatsräson – Deutschlands außenpolitische Doktrin, die die Unterstützung Israels als Kernbestandteil der nationalen Identität begreift – lässt sich nicht allein durch Argumentation ändern. Sie ist nicht aus einer politischen Debatte hervorgegangen und sie wird auch nicht durch eine solche beendet werden. Es ist unwahrscheinlich, dass Beweise, Argumente und Kampagnen sie obsolet machen, da sie nie auf dieser Grundlage verankert wurden. Aus diesem Grund ist die Doktrin selbst kein realistisches Ziel für diejenigen, die eine Veränderung der deutschen Politik anstreben. Was sich realistischerweise beeinflussen lässt, ist das Gefüge um die Doktrin herum, insbesondere die Institutionen, Finanzierungsstrukturen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die sie täglich umsetzen. Von den möglichen Ansatzpunkten erscheint finanzieller Druck als der vielversprechendste. Finanzieller und institutioneller Druck ist in Deutschland von besonderem Gewicht, da die üblichen politischen und zivilgesellschaftlichen Kanäle weitgehend verschlossen sind. Dafür sprechen verschiedene Faktoren:

- Die großen Parteien haben sich bezüglich Israels auf eine einheitliche Position verständigt.
- Der Zentralrat der Juden in Deutschland – das Gremium, das meist als Vertreter der deutsch-jüdischen Meinung wahrgenommen wird – hat in der Praxis eher als Fürsprecher einer bestimmten Position und nicht als neutrale Vertretung agiert.
- Die breite Öffentlichkeit, die Umfragen zufolge prinzipiell für Argumente zugänglich ist, hat sich zurückhaltend gegenüber Maßnahmen gezeigt, die als politisch oder persönlich riskant empfunden werden.
- Internationale Kritik wurde von staatlicher Seite weitgehend beiseitegeschoben.

Wo Argumente und Proteste keine politische Änderung bewirkt haben, kann eine spezifische Institution mit treuhänderischer Verantwortung – etwa ein Pensionsfonds oder ein Vermögensverwalter – zur Rechenschaft gezogen werden; dies ist bei einem Regierungsministerium, das eine Frage der nationalen Identität verteidigt, nicht möglich.

Unter den in Deutschland verfügbaren Ansatzpunkten besteht eine Hierarchie, und wer sich beruflich mit dieser Thematik befasst, setzt wahrscheinlich bereits an mehreren dieser Punkte gleichzeitig an. Dem finanziellen Druck sollte dabei oberste Priorität eingeräumt werden. Dies bedeutet nicht, dass die bestehende Kampagne gegen das U-Boot-Geschäft [siehe Abschnitt „Marine-Beziehungen“ unter „Materielle und finanzielle Mitschuld“] unwichtig wäre; sie ist wichtig und sollte fortgeführt werden. Vielmehr entfaltet finanzieller Druck – insbesondere wenn er offenlegt, wie eine in einer Berliner Vorstandsetage getroffene Entscheidung letztlich als Rakete in einem mit Familien gefüllten Zelt im Gazastreifen einschlagen kann – eine größere Breitenwirkung als jene Kampagne.

Die Allianz und der breitere Finanzsektor – der Hebel der treuhänderischen Verantwortung.

Die Bestände der Allianz an israelischen Anleihen sind zukunftsorientiert; es handelt sich um eine laufende Position, die eingestellt oder veräußert werden kann; sie berühren keine arbeitsmarktpolitischen Aspekte, da es sich um eine Investitionsentscheidung eines Versicherers und Vermögensverwalters handelt; zudem werden sie von einer namentlich bekannten, börsennotierten deutschen Gesellschaft gehalten, die gegenüber den Versicherungsnehmern und Pensionskunden – denen die Gelder gehören – treuhänderische Pflichten wahrnimmt.

Dieselbe Logik reicht noch weiter: Von der Deutschen Bank, die als eine der Emissionsbanken der Kriegsanleihen fungierte, bis zu den Rentenfonds und Banken, die Anteile großer Rüstungsunternehmen besitzen sowie zu thyssenkrupp Marine Systems – jenem staatlich subventionierten Auftragnehmer hinter dem U-Boot-Geschäft, bei dem jahrzehntelange Kampagnen das Thema zwar im Gespräch gehalten, aber noch nicht jene Investoren erreicht haben, die dem Ganzen ein Ende hätten setzen können.

Luxemburg Regulierungsbehörde hat die Verlängerung des Prospekts abgelehnt, der es Israel erlaubt, diese Anleihen in der EU zu verkaufen und läuft am 31. August 2026 aus; keine Nachfolgebehörde wurde benannt. Dies erhöht die Bedeutung der eigenen Position der Allianz, unabhängig davon, wie diese Entscheidung ausfällt. Die eigenen Ausschlusskriterien des norwegischen Staatsfonds – die an anderer Stelle im Rahmen dieses Projekts erörtert werden – dienen als Präzedenzfall dafür, dass eine solche Desinvestition eineGovernance-Entscheidung ist, die ein Fonds vertreten kann, und keine politische, der er sich entziehen muss.

Exportgenehmigungen – das regulatorische und rechtliche Instrument.

Deutschlands Rüstungsexportgenehmigungen werden von einer einzigen Behörde erteilt, das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA); das ECCHR geht bereits gerichtlich gegen diese Genehmigungen vor und macht dabei Verstöße gegen Artikel 6 des Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) sowie gegen den gemeinsamen Artikel 1 der Genfer Konventionen geltend.

Das bereits erwähnte Papier „Beyond Staatsräson“ liefert die im Mainstream verankerte analytische Begründung für eine restriktivere Genehmigungspraxis und belegt, dass es sich hierbei keineswegs um ein juristisches Randargument handelt.

Die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette stellen einen zweiten regulatorischen Hebel dar. Seit 2023 verpflichtet das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz große Unternehmen mit Sitz oder Zweigstelle in Deutschland – derzeit solche mit mindestens 1.000 Beschäftigten –, menschenrechtliche Risiken im eigenen Geschäftsbereich sowie bei Zulieferern zu identifizieren und anzugehen. Das Gesetz schreibt einen Beschwerdemechanismus vor und sieht Sanktionen von bis zu 2 Prozent des Umsatzes vor; für die Umsetzung ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zuständig, das auch die Rüstungsexportkontrolle überwacht. Bislang wurde öffentlich noch kein Fall verhandelt, der einen Bezug zu Lieferketten mit Israel-Bezug aufweist; damit handelt es sich eher um einen potenziellen als um einen bereits erprobten Hebel. Dennoch erreicht das Gesetz Unternehmen – darunter Einzelhändler sowie Technologie- und Agrarbetriebe –, die von Exportkontrollverfahren niemals erfasst werden.

Berufsverbände stellen den ethischen Hebel dar.

Ärzte, Ingenieure und andere regulierte Fachkräfte unterstehen Verbänden mit Ethikkodizes, unabhängig von politischem Lobbying. Es gibt bereits einen Präzedenzfall, an dem sich die Ansprache deutscher medizinischer Verbände orientieren kann: Die British Medical Association hat 2025 ihre Beziehungen zur Israel Medical Association ausgesetzt. Die Frage, ob die IMA weiterhin Vollmitglied bleiben soll, wird nun auf der Generalversammlung behandelt. Deutsche medizinische Verbände können direkt gefragt werden, wo sie vor dieser Abstimmung stehen, nicht nur, welche Position sie vertreten.

Wichtige Ressourcen

Der juristische Fall

- IGH, Nicaragua gegen Deutschland, der hängige zwischenstaatliche Fall, der Deutschland der Beihilfe zum Völkermord durch Waffenlieferungen und die Entfinanzierung der UNRWA beschuldigt. https://www.icj-cij.org/case/193
- ECCHR, die Klage zum Stopp deutscher Rüstungslizenzen im Namen von Kläger*innen aus Gaza. https://www.ecchr.eu/en/case/no-german-weapons-to-israel/
- Just Security, die Analyse der Lücke zwischen den 485 Millionen Euro an deutschen Rüstungslizenzen und dem, was Deutschland dem IGH mitteilte. https://www.justsecurity.org/114479/german-arms-exports-israel-icj/

Die Lobby und ihre Methoden

- Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Stiftung der Partei Die Linke, darüber, wie das Netzwerk funktioniert, das Israel in Deutschland aufgebaut hat, um die UNRWA zu delegitimieren. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_7-26_UNRWA_engl_web.pdf
- Goldmann, Fabian. Staatsräsonfunk: Deutsche Medien und der Genozid in Gaza. Berlin: Manifest Verlag, 2026. Es handelt sich um eine einjährige empirische Auswertung tausender Beiträge von Tagesschau, Spiegel, BILD und taz seit Oktober 2023. https://manifest-buecher.de/produkt/staatsraesonfunk/
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Synodalerklärungen, die die ewige Erwählung Israels und den uneingeschränkt gültigen Bund bekräftigen, das dogmatische Fundament der Solidarität der Kirche mit Israel. https://www.shirhever.com/
- Diaspora Alliance, die auf Deutschland fokussierte Erfassung von Streitigkeiten um die Antisemitismusdefinition und deren Einsatz gegen jüdische und palästinensische Kritiker der israelischen Politik. https://diasporaalliance.co/wp-content/uploads/2025/05/RIAS_German-final.pdf Loud Silence / Das laute Schweigen (deutscher Film – mit Untertiteln)

Das Geld und das Material

- Profundo, über BankTrack und PAX, die Forschung, die die Bestände der Allianz an israelischer Staatsverschuldung quantifiziert und die sieben Emissionsbanken der Kriegsanleihen benennt, darunter die Deutsche Bank. https://www.banktrack.org/campaign/banks_and_conflict_zones
- Francesca Albanese, Von der Ökonomie der Besatzung zur Ökonomie des Völkermords (A/HRC/59/23), der UN-Bericht, der Allianz und die Deutsche Bank unter den wirtschaftlichen und finanziellen Akteuren nennt, die den Krieg aufrechterhalten und davon profitieren. https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ahrc5923-economy-occupation-economy-genocide-report-special-rapporteur
- Middle East Monitor: Rüstungsexporte nach Israel: https://www.middleeastmonitor.com/20260902-germany-approves-nearly-930m-in-arms-exports-to-israel-amid-gaza-genocide/

Öffentliche Meinung

- YouGov, zusammen mit ZDF (September 2025), die Umfragen zur Annahme, dass ein Völkermord stattfindet, und zu parteiübergreifenden Einstellungen, die den Konsens der Staatsräson ins öffentliche Bewusstsein brachten. https://yougov.com/de-de/artikel/53032-44-prozent-der-deutschen-wahlberechtigen-sprechen-sich-fur-die-anerkennung-palastinas-als-eigenstandiger-staat-aus
- GIGA-Institut, die unabhängige akademische Befragung, die die Annahme von Kriegsverbrechen und Völkermord bestätigt und den Zusammenbruch der Unterstützung für die Staatsräson belegt. https://www.giga-hamburg.de/en/publications/giga-focus/gaza-israel-and-german-foreign-policy-view-on-public-opinion

Kritische und abweichende Stimmen

- Omer Bartov, Ich bin Völkermordforscher. Wir betreten eine beunruhigende neue Ära., der Deutschlands eigenes Interesse daran benennt, dass der Nicaragua-Fall von der Agenda verschwindet. https://www.nytimes.com/2026/07/21/opinion/israel-gaza-palestinians-genocide.html
- Vier ehemalige deutsche Botschafter, in Die Zeit, Ehemalige Diplomaten fordern härtere Linie gegenüber Israel. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-07/nahostpolitik-botschafterinnen-aufruf-israel-gaza-voelkerrecht
- Michael Rothberg, interviewt von medico international, die Darstellung des Gelehrten zum Holocaust-Gedächtnis, zum Vergleich und zur Verlagerung der Angst vor Antisemitismus auf Muslime und Migranten. https://www.medico.de/en/we-need-an-ethics-of-comparison-19392
- Beyond Staatsräson, das ideologisch übergreifende Policy-Paper, das argumentiert, dass Deutschlands historische Verantwortung und seine rechtlichen Verpflichtungen vereinbar sind. https://voelkerrechtsblog.org/beyond-staatsraison/
- Juedische Stimme, die unterdrückte deutsch-jüdische Stimme am antizionistischen Ende des Spektrums. https://www.juedische-stimme.de/
- Sven Kühn von Burgsdorff, ehemaliger EU-Vertreter für Westjordanland und Gaza (und die UNRWA), darüber, wie Deutschland seine nachkriegszeitigen moralischen und rechtlichen Grundlagen verraten hat, indem es Israel schützt. https://euobserver.com/230839/germany-has-lost-its-moral-compass-as-it-shields-israel-from-sanctions-and-legal-scrutiny/
- Marwecki, Daniel. Germany and Israel: Whitewashing and Statebuilding. London: Hurst, 2020 (Taschenbuch 2025); erweiterte deutsche Ausgabe Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson, Wallstein, 2024. Archivforschung, die argumentiert, dass die deutsche Unterstützung als instrumentelle Außenpolitik begann, oft mit zynischen oder teilweise antisemitischen Motiven, und dass Deutschland vor den USA der entscheidende frühe militärische Förderer Israels war.

Internationale Menschenrechtsorgane

- Kommissar für Menschenrechte des Europarats, der Brief vom Juni 2025, der den Schutz der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland fordert. https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/germany-commissioner-calls-for-protection-of-freedom-of-expression-and-peaceful-assembly
- Sechs UN-Sonderberichterstatter und Unabhängige Experten, OHCHR (16. Oktober 2025), die gemeinsame Erklärung, die Deutschland auffordert, die Kriminalisierung und polizeiliche Gewalt gegen Aktivitäten im Rahmen der Palästina-Solidarität einzustellen. https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/10/un-experts-urge-germany-halt-criminalisation-and-police-violence-against
- Irene Khan, Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit und Ausdruckfreiheit, OHCHR (6. Februar 2026), die Ergebnisse des ersten offiziellen Länderbesuchs in Deutschland unter diesem Mandat. https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/02/germany-un-expert-warns-space-freedom-expression-shrinking-amidst-growing

Anhang: Unsere Methode

Die vollständige Methodik ist als ständige Seite auf der Website von Bystanders No More veröffentlicht (URL wird bestätigt); dieser Anhang ist eine kurze Zusammenfassung.

Bystanders No More veröffentlicht Länderberichte darüber, wie westliche und befreundete Staaten sowie die in ihnen ansässigen Institutionen materiell, finanziell und diplomatisch israelisches Handeln ermöglichen, das internationale Gerichte für rechtswidrig erklärt haben. Der rechtliche Maßstab sind das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 und die Anordnung einstweiliger Maßnahmen vom 26. Januar 2024; wenn ein Bericht einen Staat oder eine Institution als der Beihilfe schuldig bezeichnet, verwendet er den Begriff im Sinne der IGH-Rechtsprechung zur Drittstaatenverantwortung, nicht in einem lockereren oder politischen Sinne.

Jede Aussage wird auf eine primäre oder glaubwürdige Originalquelle zurückgeführt: auf Gerichtsakten und Urteile, UN-Berichte und Feststellungen von Sonderberichterstattern, Finanzoffenlegungen sowie unabhängig geprüften Journalismus. Feststellungen von Gremien wie dem IGH, UN-Sonderberichterstattern, Amnesty International und Human Rights Watch werden als etablierte Grundlage behandelt und nicht einem höheren Standard unterzogen. Alles, was wir nicht verifizieren können, wird nicht veröffentlicht oder als unbestätigt gekennzeichnet. KI-Tools helfen bei der Sammlung und Organisation von Material, sind aber niemals selbst eine Quelle, und jeder Bericht wird mit Originaldokumenten abgeglichen und von Personen mit direktem Wissen über das jeweilige Land geprüft. Jeder Bericht bewertet die Rolle eines Landes als „Unverzichtbar“, „Erheblich“ oder „Standard“, basierend darauf, wie wesentlich und schwer ersetzbar sein Beitrag ist, und folgt einer gemeinsamen Struktur, damit Länder vergleichbar bleiben. Sie schließt mit den spezifischen Institutionen ab, zu denen ein Leser als Bürger, Sparer oder Berufstätiger eine bestehende Beziehung hat.

Dies ist ein laufendes Projekt; Berichte werden aktualisiert, wenn sich Fakten ändern oder wenn wir feststellen, dass wir uns geirrt haben. Uns ist es lieber, korrigiert zu werden, als uns in Bequemlichkeit einzurichten. Wenn Sie glauben, dass etwas in einem Bericht ungenau ist, teilen Sie uns das mit: https://bystandersnomore.org/contact-us/. Wir bedauern, dass wir als kleine, rein ehrenamtliche Gruppe keine Dialoge führen können, aber wir werden alle ernsthaften Rückmeldungen sorgfältig lesen.